

Beschlüsse des Studierendenparlaments vom 01. April 2008

1. Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom 19.02.2008 wird beschlossen.

2. Wahl eines stellvertretenden Referenten

Andreas Schlüter wird auf Vorschlag von Martin Seifert zum stellvertretenden Referenten in das Referat für Campuspolitik/Ökologie und Verkehr gewählt.

3. Anträge

a) zur vereinfachten Verwaltung im StuPa

Außerdem werden – um der vereinfachten Verwaltung wegen – Zettel an die Parlamentierenden ausgegeben, auf denen Persönliche Erklärungen, Initiativanträge und Änderungsanträge noch während der Sitzung verfasst und zwecks zeitnaher Veröffentlichung vor dem Studierendenparlament ans StuPa-Präsidium gegeben werden können. Hierbei möge man sich am gleichartigen System von unser aller fzs orientieren, sinniger Weise aber bei diesenzetteln die Rückseiten von veralteten Kopien o. ä. nutzen.

b) zum Masterstudiengang "Militärsoziologie/Military Studies"

1. Das Studierendenparlament (StuPa) lehnt die Kooperation der Universität Potsdam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt des Bundes und dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SWI) im Rahmen des zum Wintersemester 2007/08 eingeführten Masterstudiengangs "Militärsoziologie/Military Studies" ab.

2. Das StuPa fordert stattdessen die Einführung eines Masterstudiengangs "Peace Studies" nach dem Vorbild anderer deutscher Hochschulen, der sich mit der Erforschung und Entwicklung gewaltfreier Strategien zur internationalen Konfliktlösung befassen soll.

3. Der AStA wird beauftragt, sich bei der Uni-Leitung und in den Hochschulgremien für die Beendigung der Kooperation mit dem SWI einzusetzen.

c) „Räume der Stille“ in der Universität Potsdam

Das Studierendenparlament erklärt sich mit allen Studierenden solidarisch, die das Bedürfnis nach "Räumen der Stille" auf den Campi haben.

Es fordert deshalb das Präsidium der Universität und die Universitätsverwaltung auf:

1. In der Entwicklungsplanung der Universität soll diesem Bedürfnis dadurch Rechnung getragen werden, dass an allen Universitätsstandorten dauerhaft Räumlichkeiten als "Räume der Stille" ausgewiesen werden.

2. Die Räume der Stille sind so herzurichten und auszustatten, dass sie sowohl zum Schlafen als auch als Ort der Religionsausübung des bzw. der Einzelnen genutzt werden können. Die Studierendenschaft erklärt ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit hierbei.

3. Die "Räume der Stille" sollen nach ihrer Einrichtung ausgeschildert werden. In den Vorlesungsverzeichnissen soll regelmäßig über sie informiert werden.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) wird beauftragt, diese Forderungen des Studierendenparlaments innerhalb einer Woche nach Beschluss der Präsidentin, der Kanzlerin, dem Leiter der Bauverwaltung und dem Leiter des HGP zu übermitteln und sich in den darauf folgenden Gesprächen mit diesen Personen jeweils nach dem Stand der Umsetzung zu informieren.

d) Fördermitgliedschaft im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit

Die Studierendenschaft der Uni Potsdam wird Fördermitglied im Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit. Der von den Geldern der Studierendenschaft gezahlte jährliche Förderbeitrag beträgt 100 €

e) Antrag Prekarisierung

Gegen prekäre Beschäftigung an der Universität

Im Zuge des neoliberalen Umbaus der Hochschulen ist auch die Universität Potsdam nicht verschont geblieben von zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen. Diese trifft sowohl Studierende als auch Lehrende. Das Studierendenparlament spricht sich deutlich gegen diese Tendenzen aus. Wir fordern eine schrittweise Reduzierung und letztlich Abschaffung solcher Beschäftigungsverhältnisse. Trotz der finanziell unzureichenden Vorgaben des Landes ist hier auch die Universität in der Verantwortung. Wir fordern daher die Universitätsleitung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Durchsetzung eines einheitlichen Tarifvertrages für alle studentischen Beschäftigten nach dem Berliner Vorbild
2. Vergütung aller nicht nebenberuflich Lehrbeauftragten im doppelten Umfang ihrer Lehrverpflichtung, um Vor- und Nachbereitung zu berücksichtigen
3. Vergütung aller Lehrenden, die zum Fortbestand ihrer Lehrbefugnis bisher unentgeltlich Lehrdeputate leisten mussten, entsprechend der Regelungen für Lehrbeauftragte